

21. Juli 2000

Sobotka: NÖ Wohnbauförderung in Gefahr

Grasser kennt anscheinend wirtschaftliche Bedeutung nicht

Derzeit werden vom Land Niederösterreich pro Jahr ca. 6 Milliarden Schilling für die Wohnbauförderung ausgegeben, die durch Rückflüsse aus Darlehen und durch Transfers des Bundes bedeckt werden. Eine Reduktion der Transfers des Bundes um österreichweit 15 Milliarden Schilling, wie von Finanzminister Grasser gefordert, bedeutet Mindereinnahmen für Niederösterreich in der Höhe von 2,5 Milliarden Schilling, die jährlich zur Bedeckung der Wohnbauförderung fehlen würden. „Falls der Bund diese Maßnahmen verwirklicht, könnte die in Niederösterreich so erfolgreiche Wohnbauförderung nicht aufrecht erhalten werden“, befürchtet Finanz-Landesrat Mag. Wolfgang Sobotka.

1999 wurden aus Mitteln der Wohnbauförderung des Landes insgesamt 20.700 Wohnungen errichtet bzw. saniert. Der Umstand, dass 9.800 neu errichteten Wohnungen bereits mehr als 10.900 sanierte Wohneinheiten gegenüberstehen, zeigt dabei die Entwicklung zu einer immer stärkeren Forcierung der Althausanierung in Niederösterreich.

„Niederösterreich hat im Unterschied zu anderen Bundesländern seit dem Freibauer-Modell eine sehr erfolgreiche Subjekt-Förderung, bei der nicht mit der Gießkanne vorgegangen wird, sondern nur diejenigen eine Förderung bekommen, die es auch finanziell brauchen. Minister Grasser sollte sich dieses Unterschiedes bewusst sein und nicht alle Länder über einen Kamm scheren“, meint Sobotka.

„Die Wohnbauförderung ist zudem einer der größten Wirtschaftsfaktoren in Österreich. Alleine die in Niederösterreich aufgewendeten Mittel lösen einen Investitionsschub von ca. 18 Milliarden Schilling aus und sichern dadurch 27.000 niederösterreichische Arbeitsplätze. Laut Wirtschaftsexperten würde eine Kürzung der Wohnbaumittel um ein Drittel allein in Niederösterreich ca. 9.000 Arbeitsplätze vernichten“, so Sobotka.

Zu diesem Artikel gibt es eine unterstützende Audiodatei. Diese ist zum Download nicht mehr verfügbar. Bitte wenden Sie sich an: presse@noel.gv.at